



HESSISCHER LANDTAG

23. 10. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten**

**Erweiterung zu dem Antrag der
Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten
Drucksache 21/684**

**zu Antrag
Fraktion der AfD,
Sascha Herr (fraktionslos)**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

**Untersuchungsausschuss zur Untersuchung, Aufklärung und Beurteilung der
Landespolitik in Bezug auf den Corona-Virus „SARS-CoV-2“ und die durch
dieses Virus verursachte Erkrankung „COVID-19“ (Corona UA)**

Drucksache 21/496

Der Landtag wolle beschließen:

Der Untersuchungsauftrag wird wie folgt erweitert:

Es soll insbesondere aufgeklärt werden, ob und inwiefern

- nach dem derzeitigen Kenntnis-/Forschungsstand durch die im Land Hessen gegen das Corona-Virus „SARS-CoV-2“ und die hierdurch ausgelöste Infektionskrankheit „COVID-19“ verwendeten Impfstoffe – wie insbesondere den mRNA-Impfstoff Comirnaty (Biontech), Spikevax (Moderna), den vektorbasierten Impfstoff Jcovden (Johnson&Johnson) und den Ganzvirus-Impfstoff Valneva – Fälle
 - a) von lokalen Reaktionen an der Einstichstelle, wie Druckschmerzen, Rötungen oder Schwellungen,
 - b) von Allgemeinreaktionen wie Erkältungssymptomen, Fieber, Rückenschmerzen, Abgeschlagenheit, Kopfschmerzen, Ermüdung, Muskelschmerzen, Übelkeit, Schmerzen in Mund und Rachen, vermehrtes Schwitzen, Schwäche der Muskeln und in Armen und Beinen oder Überempfindlichkeitsreaktionen,
 - c) von Nesselsucht und generellem Ausschlag,
 - d) von anaphylaktischen Reaktionen,
 - e) von verstärkten Menstruationsblutungen,
 - f) von Herzmuskelentzündungen und Herzbeutelentzündungen (Myokarditis und Perikarditis),
 - g) von idiopathischer Fazialisparese („Bell’s palsy“),
 - h) von Hirnvenenthrombosen, Sinusvenenthrombosen und arteriellen Thrombosen mit einem Mangel an Blutplättchen,
 - i) des Guillain-Barré-Syndroms (GBS) und des Miller-Fisher-Syndroms (MFS) und
 - j) von Demenzals temporäre Nebenwirkungen bzw. dauerhafte Impfschäden eingetreten sind,

- im Land Hessen in einzelnen Etappen der Corona-Pandemie eine Überlastung des Gesundheitssystems im Allgemeinen und eine Erschöpfung der intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten im Speziellen tatsächlich bestand oder tatsächlich nicht bestand,
- vonseiten des Landes Hessen Vorschläge und Absprachen bezüglich
 - a) der behördlichen und polizeilichen Durchsetzung der zur Bekämpfung des Corona-Virus „SARS-CoV-2“ und der hierdurch ausgelösten Infektionskrankheit „COVID-19“ ergriffenen, angeordneten, erlassenen oder getätigten Maßnahmen bzw. gesetzlichen Regelungswerke im Allgemeinen und
 - b) des polizeilichen Umgangs mit den „Corona-Protesten“ und den „Montags-/Corona-Spaziergängen“ im Spezielleninnerhalb der Beratungen der Gesundheitsminister-, Innenminister- und der „Bund-Länder-Konferenz“/Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht oder angenommen bzw. getroffen worden sind,
- vonseiten des Landes Hessen Vorschläge für Maßnahmen, gesetzliche Regelungen und öffentliche Stellungnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus „SARS-CoV-2“ und der hierdurch ausgelösten Infektionskrankheit „COVID-19“ mit bundesweiter Wirkung innerhalb der Beratungen der Gesundheitsminister-, Innenminister-, und der „Bund-Länder-Konferenz“/Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht und angenommen worden sind.

Begründung:

Die Erweiterung erfolgt infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 22. Oktober 2025 (P.St.2974). Er hat festgestellt, dass die teilweise Ablehnung des Antrags (Drucksache 21/496) auf Einsetzung eines Corona-Untersuchsausschusses durch den Hessischen Landtag weit überwiegend mit der Hessischen Verfassung vereinbar ist. Die Fragen A.II 1 bis 13, 15, 18, 20 bis 27, 31, 32, 35, 37, 38 a) und 39 bis 43 seien verfassungswidrig und damit vom Hessischen Landtag zu Recht nicht zugelassen worden. Die Fragen A. II. 14, 19, 29 und 30 seien allerdings verfassungskonform, deswegen werden sie mit diesem Antrag auch Teil des Untersuchungsauftrages

Wiesbaden, 23. Oktober 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas